

Redebeitrag:

TOP 16 der Kreistagssitzung vom 20. März 2013

Grundlage für die Rede des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Schleswig-Flensburg, Manfred Küter, zur Lernförderung von Kindern im Rahmen der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets. Für die Kreistagsrede selbst gilt, wie immer, das gesprochene Wort.

Lernförderung für Kinder im Kreis Schleswig-Flensburg

Sehr geehrte Damen und Herren,
bei dem vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE geht es ein weiteres Mal um eine bessere Nutzung und Ausnutzung der Leistungen, die nach dem Bildungs- und Teilhabepaket gewährt werden könnten. Hier und heute geht es um eine verbesserte und verstärkte Lernförderung von Kindern, für die eine Lernförderung zu wesentlich besseren Ergebnissen in der Schule führen könnte.

Seit es die Förderungsmittel nach dem Bildungs- und Teilhabepaket gibt, hat die Fraktion DIE LINKE darauf hingearbeitet, dass die zur Verfügung gestellten Mittel auch wirklich in Anspruch genommen werden können.

Wir haben in regelmäßigen Abständen Anfragen an den Landrat gestellt, z. B. welche Gelder von wem abgerufen wurden und werden und gefragt, warum der Verwaltungsapparat nur schleppend in Gang kommt, warum die Umsetzung absolut unbefriedigend verlaufen ist oder warum vorhandene Gelder nicht ausgeschöpft werden. So zum Beispiel mit unserer Anfrage

- im Mai 2011
- im Oktober 2011
- im Januar 2012
- im September 2012
- und zuletzt im Februar 2013.

Keine andere Fraktion im Kreistag hat sich so um dieses Thema gekümmert wie DIE LINKE.

Bei diesem Thema geht es um viel Geld, das verschenkt wurde, das nicht genutzt werden konnte.

Hierzu nur ein Beispiel: Für das Jahr 2011 wurden von der Bundesebene 1.544.700 Euro zur Verfügung gestellt. Am Ende des Jahres 2011 stand fest, dass nur 614.000 Euro vergeben werden konnten, dass also 930.700 Euro nicht an die anspruchsberechtigten Kinder und Jugendliche weiter gegeben wurden. Das war ein Missstand im Kreis Schleswig-Flensburg, der einen sprachlos machen konnte.

Diesen Missstand wollte DIE LINKE ändern. Deshalb hat sie einen Arbeitskreis „Schulische Erziehungshilfen“ gefordert und nach langem Ringen mit den anderen im Kreistag vertretenen Parteien auch durchgesetzt.

Dieser Arbeitskreis sorgte u.a. dafür, dass sich die Situation im Jahr 2012 deutlich verbesserte, dass die Leistungszahlungen anstiegen, dass im Oktober 2012 endlich die Einführung einer „Bildungskarte“ beschlossen wurde, als eine der Maßnahmen zur Steigerung der Leistungsvermittlungsquote. Diese Bildungskarte hatte DIE LINKE bereits Ende 2011 gefordert.

Warum aber stellt DIE LINKE dann heute noch diesen Antrag?

Obwohl die Gesamtsituation besser geworden ist, stand auch am Ende des Jahres 2012 fest, dass im Bereich Lernförderung nur ein Teil der zur Verfügung stehenden Bundesmittel weiter gegeben werden konnte. Es war nur ein winziger Teil. Im Leistungsbereich „Lernförderung“ konnten in 2012 nur 107 Kinder und Jugendliche von einer Lernförderung profitieren. Bei insgesamt 6.028 Anspruchsberechtigten wären es gerade einmal 1.8%. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass allein vom Alter her nicht alle Kinder und Jugendliche schulische Lernförderung benötigen. Trotzdem ist diese Zahl hoch, zu hoch.

Die Ursache für die geringe Zahl der Geförderten liegt in diesem Fall nicht im Kreis Schleswig-Flensburg sondern auf der Landesebene. Die Ursache liegt vor allem an den rigiden Zulassungsbestimmungen in Schleswig-Holstein, also am § 28 Abs. 5 SGB II, der die Zulassung zur Lernförderung regelt.

Mit dem vorliegenden Antrag will DIE LINKE deshalb erreichen, dass eine Öffnung bei diesen Zulassungsvoraussetzung erfolgt, damit z. B. auch Schüler und Schülerinnen, die formal nicht versetzungsgefährdet sind, einen Zugang zur Lernförderung erhalten.

Nebenbei sei noch angemerkt, dass wir uns bei diesem Antrag an einer entsprechenden ministeriellen Vorlage des Landes Nordrhein-Westfalen orientiert haben. Eine derartige Öffnung – wie wir sie beantragen - würde die Chancengleichheit vieler Kinder bezogen auf ihren späteren Lebensweg deutlich erhöhen.

Bitte unterstützen Sie deshalb unseren Antrag.

Vielen Dank

Nachtrag:

Dieser Antrag wurde mit der Mehrheit des Kreistags zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss überwiesen, obwohl die Fachleute des Kreises im Kulturausschuss vertreten sind.